

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Ersteinst jeden Freitag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11. —
Postfachkonto 2844. — Gemeindefachkonto 14. — Bank-
konto Darmstädter Bank Höchstädtstraße 14. — Hohenstein-Ernstthal
— Inverantwort eingelangte Manuskripte werden nicht zurückge-
schickt. Einreichungen ohne Namensnennung haben keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konturien, Vergleichen usw. wird der Zustellung
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Freigabe
sonstiger irgend welcher Einnahme des Betriebes der Zeitung, der
Betreiber über der Bestimmungserrichtungen — hat der Be-
trieber keinen Anspruch auf Abrechnung oder Rücklieferung der
Zeitung oder auf Abrechnung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Fernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichen-
bach, Callenberg, Grumbach, Eirschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Gräna,
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 185

Der Preis der einmahligen Anzeigenzelle beträgt 15
der Neblamette 45 Goldpfennige. Für den Nachweis
werden 15 Goldpfennige berechnet.

Dienstag, den 11. August 1925

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige
einmalig 40 Goldpfennige

75. Jahrg.

Deutschland und die russische Außenpolitik

Von unserem Berliner Vertreter

In den letzten Tagen ist durch verschiedene Vorkommnisse die Aufmerksamkeit der deutschen Diplomatie auf die gegenwärtige Außenpolitik der russischen Sowjetregierung gelenkt worden, die alles daran legt, fühle Zurechtweisung gegenüber Deutschland und freundschaftliche Entgegenkommen gegenüber Frankreich zu markieren. Obwohl bei wiederholten diplomatischen Zwischenfällen mehrmals die Gefahr einer Trübung der deutsch-russischen Beziehungen gegeben war, die nur durch das torrente und konziliante Verhalten des Berliner Auswärtigen Amtes vermieden werden konnte, wird von russischer Seite neuerdings behauptet, daß die deutsche Politik sich immer mehr nach dem Westen hin orientiere und aus diesem Grunde das bisherige Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Ländern aufgehört habe, zu bestehen. Für die deutsche Regierung erhebt sich nunmehr die Frage, welche Haltung Deutschland gegenüber einer solchen Orientierung der russischen Außenpolitik einnehmen soll. Soll Deutschland die russischen Unfreundlichkeiten mit der gleichen Münze heimzahlen oder soll es seine bisherige Politik fortsetzen, die darauf gerichtet ist, die Beziehungen zu Rußland mit der größten Sorgfalt zu pflegen? Die Beantwortung ist augenblicklich sehr schwer, da man deutscherseits noch nicht voraussehen kann, wie sich die Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich gestalten werden. Kommt eine Verständigung zwischen Moskau und Paris zustande, so würde dies natürlich gewisse Rückwirkungen auf die bisherigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland haben, die aber noch nicht mit einer Entfremdung gleichbedeutend wären. Die deutsche Diplomatie hätte in einem solchen Falle lediglich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die beiden Länder keine Vereinbarungen eingehen, die sich direkt oder indirekt gegen Deutschland richten könnten. Sollte jedoch keine russisch-französische Annäherung zustandekommen, so wird die Moskauer Regierung von selbst zu dem bisherigen Weg der freundschaftlichen Beziehungen gegenüber Deutschland zurückkehren müssen. Deutscherseits würde man dann keinerlei Veranlassung haben, die bolschewistische Regierung irgendwie zu umwerben, denn nach wie vor wird die deutsche Außenpolitik an dem Grundsatze festhalten, keine einseitigen Freundschaftsbeziehungen einzugehen, durch die eine Erschwerung der Beziehungen zu der anderen Seite eintreten würde. Die Politik, die die Reichsregierung seit dem Vertrag von Rapallo gegenüber Rußland getrieben hat, hat oftmals sehr bedenkliche Lagen geschaffen, denn immer wieder wurde von alliierter Seite die Verdächtigung ausgesprochen, die Reichsregierung hätte mit Rußland ein Geheimbündnis geschlossen. Durch derartige Verdächtigungen ist schon so viel Ansehens angerichtet worden, daß Deutschland die denkbar größte Rücksichtnahme auf die Tragweite derartiger außenpolitischer Imponderabilien walten lassen muß. Die Moskauer Diplomatie darf daher nicht damit rechnen wollen, daß Deutschland die gegenwärtige russische Politik zum Anlaß nehmen würde, mit irgendwelchen Angeboten an Rußland heranzutreten, um es davon abzuhalten, sich mit Paris zu verständigen.

Der stellvertretende russische Außenminister Litwinow hat dieser Tage in einer Besprechung mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann die gegenwärtig zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen schwebenden Fragen angeschnitten und dabei die Tatsache zur Sprache gebracht, daß die deutsche

Stürmische Tagung im Reichstag

Die Obstruktion macht das Haus beschlußunfähig — Stürmische Auseinandersetzungen mit den Kommunisten — Die Polizei wird herbeigerufen — Gewaltsame Entfernung von kommunistischen Abgeordneten — Mehrfache Unterbrechung der Sitzung — Weitere Wortgefechte

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter

Berlin, 10. August

Im deutschen Reichstag hat man schon viel erlebt, aber das, was sich heute ereignet hat, dürfte in der parlamentarischen Geschichte ganz ohne Beispiel dastehen. Die kommunistische Opposition ging mit einer derartigen Schärfe gegen die Verhandlungsführung des Parlamentes vor, daß dem Präsidenten nichts anderes übrig blieb, als mehrmals die Polizei herbeizurufen, um widerpenstige kommunistische Abgeordnete aus dem Saale entfernen zu lassen. Schon der Beginn der Sitzung stand unter einem sehr ungünstigen Stern. Nachdem die Opposition ihre Protestreden gegen das Vorgehen der Regierungsmehrheit wiederholt hatte, wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt, denn die Linke hatte sehr wohl beobachtet, daß einige Abgeordnete der Regierungsparteien am frühen Montagvormittag die Stunde des Reichstagsbeginns verschlafen hatten und noch nicht im Saale erschienen waren. Kaum war der Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit ergangen, als auch schon die Kommunisten und die Sozialdemokraten fluchtartig den Saal verließen, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Inzwischen fehlten die Regierungsparteien alles daran, die fehlenden Säulen auf dem schnellsten Wege herbeizuschaffen. Während der Vizepräsident Graef die Auszählung der noch im Saal Verbliebenen vornimmt, benutzen die Regierungsparteien die Gelegenheit, die noch fehlenden Abgeordneten telefonisch herbeizurufen. Diejenigen, die man in der Kürze der Zeit erreichen konnte, stürzten mit der Karte in der Hand in den Saal und dokumentieren so ihre Anwesenheit. Sehr komisch wirkte es, als eine der Zentrumsfractionsangehörige Dame in größter Eile mit dem Hut auf dem Kopfe und der Reisedecke über dem Arm, in den Saal herbeistürzte und beim Präsidium ihre Karte abgab. Man wurde unwillkürlich an die längst vergangene Militärszeit erinnert, wo beim Alarmblasen alles in größter Verwirrung herbeistürzte. Das Anheilen war jedoch nicht mehr abzuwenden, denn noch fehlten neun Abgeordnete, um das Haus beschlußfähig zu machen. Während Vizepräsident Graef das Abstimmungsergebnis verkündet, ertönt von den kommunistischen Bänken der Ruf: „Sie alter Schieber da oben“, was mit einem Ordnungsruf quittiert wurde.

Nunmehr muß eine neue Sitzung anberaumt werden, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Als der Vizepräsident einen Redner der Sozialdemokratie zur Sache ruft, entsteht auf der Linken ein ungeheurer Lärm. Ein Kommunist wird von der Sitzung ausgeschlossen und, weil er den Anordnungen nicht Folge leistet, schließlich auf acht Tage disqualifiziert. Die Strafe wird dann auf 20 Sitzungstage erhöht, was von kommunistischer Seite mit weiteren stürmischen Entwürfen aufgenommen wird. Trotz mehrfacher Aufforderung leistet der ausgeschlossene Kommunist Widerstand und verbleibt im Saale. Nunmehr wurden die Tribünen geräumt, und es erschienen in wenigen Minuten sieben Kriminalbeamte, die den Kommunisten aus dem Saale entfernen wollen. Die Beamten werden zunächst von den Kommunisten aufgefordert, ihre

Legitimationsmarken zu zeigen. Ohne jede Antwort stürzen sich die Polizisten auf den gemäßregelten kommunistischen Abgeordneten, packen ihn am Hals und Genick und zerren ihn mit Gewalt, unter einem furchtbaren Hüllenlärm der gesamten Linken aus dem Saale. Die Sitzung mußte unter solchen Umständen geschlossen werden. Nach einer halben Stunde beginnt bereits die neue Sitzung. Als der Vizepräsident die Verhandlungen eröffnen will, wird er bereits von den Linken mit den Rufen: „Da kommt der Hausnecht“ empfangen. Der Kommunist Stöcker behauptet, das Vorgehen der Polizeibeamten sei geradezu tierisch brutal gewesen. Es könne nicht daran gezweifelt werden, daß sie entsprechende Instruktionen erhalten hätten. Bei diesen Auseinandersetzungen kommt es zu einem neuen Konflikt. Vizepräsident Graef schlägt weitere fünf kommunistische Abgeordnete von der Sitzung aus und droht damit, die ganze kommunistische Fraktion aus dem Saale herauszuwerfen zu lassen. Dies rief derartig stürmische Kundgebungen der Kommunisten hervor, daß die Sitzung abermals unterbrochen werden muß, um die Polizei anmarschieren zu lassen. Während die ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten sich abermals weigern, den Saal zu verlassen, erscheinen 15 hühnenhaft gebaute Kriminalbeamte im Saale und stürzen sich unter andauerndem Tumult auf die ihnen bezeichneten ausgeschlossenen Abgeordneten, die dann ebenfalls unter energischer Gewaltanwendung aus dem Saale geschleppt wurden, während die noch anwesenden kommunistischen Abgeordneten wutschnaubend den Abgeordneten der Rechtsparteien die Worte „Blutgefindel“ und „Bluthunde“ entgegenrufen.

Kurz vor 3 Uhr wird dann die vierte Sitzung eröffnet. Der Vizepräsident Graef gerät dabei in einen neuen Wortwechsel mit den Kommunisten. Der kommunistische Redner kann jedoch seine Ausführungen beenden, ohne daß es zu neuen Zwischenfällen gekommen wäre, denn nunmehr übernimmt Reichstagspräsident Löbe den Vorsitz. Immerhin war nicht daran zu denken, die durch die furchtbaren Aufregungen der letzten Stunden gereizten Gemüter zu beruhigen, so daß sich die dauernden Zwischenfälle auch noch nach den Beratungen des Ältestenausschusses fortsetzten.

Verständigung über die Zollvorlage?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 11. August

Im Reichstag haben am Montag andauernd Besprechungen zwischen den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokratie stattgefunden, um eine Verständigung über die Durchführung der Zollbera- tungen zu ermöglichen. Das Zentrum, dessen Vermittlung von den anderen Regierungsparteien angenommen wurde, hat einen Kompromißvorschlag gemacht, dessen Annahme eigentlich nur noch von der Sozialdemokratie abhängt. Man nimmt daher in den parlamentarischen Kreisen an, das bis Mittwoch eine Einigung erzielt sein wird und die Zollvorlage dann spätestens bis Donnerstagabend oder Freitag mittag verabschiedet sein wird.

Regierung bei ihren Entschlüssen von dem festen Voratz ausgegangen sei, die Neutralität Deutschlands im Falle eines Konfliktes zwischen Rußland und den Westmächten sicherzustellen. Diese Haltung der Reichsregierung finde in Rußland weitestgehendes Verständnis und gebe die

Gewähr dafür, daß der Frieden zwischen den beiden Ländern gewahrt bleibt. Diese freundlichen Worte Litwinows stehen in kräftigem Gegensatz zu den Erklärungen, die der russische Botschafter in Paris, Rassin, noch vor wenigen Tagen der französischen Presse gegenüber ab-

gegeben hat. Aus diesem Vorkommnis kann man sehr deutlich erkennen, daß die Moskauer Diplomatie sich sowohl in Berlin als auch in Paris besondere Sympathien erwerben will, um auf jeden Fall die Bildung eines antibolschewistischen europäischen Blockes zu verhüten. Unter diesem Gesichtswinkel erscheinen daher gewisse beunruhigende Momente nicht so tragisch, als man sie im ersten Augenblick in Berlin beurteilt hatte.

Eine polnische Optantenote

„Die Optanten sind Ausländer“

Der polnische Gesandte in Berlin, Olscawski, hat dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann im Auftrage der polnischen Regierung folgende Erklärung übergeben:

Ein Teil der deutschen Optanten, die im Sinne der Bestimmungen der Artikel 11 und 12 des Wiener Abkommens vom 30. August 1924 ihren Wohnort aus Polen nach Deutschland spätestens am 1. August 1925 hätte verlegen müssen, hat sich nicht an die Bestimmungen gehalten und bis zu diesem Augenblicke die Grenzen der Republik Polen noch nicht verlassen, während die polnischen Optanten zu dem ihnen gestellten Termin aus Deutschland entsprechend den ihnen von deutscher Seite erteilten Weisungen abgewandert sind. Die polnische Regierung wünscht mit allem Nachdruck festzustellen, daß die deutschen Optanten mit dem 1. August 1925 zu Ausländern geworden sind, deren Aufenthalt auf polnischem Gebiet nicht loyal ist, und die somit den polnischen Anordnungen unterworfen sind. Die Maßnahmen werden nach den internationalen Gesetzen gegenüber den Personen angewandt, die sich in dem Gebiet eines anderen Staats widerrechtlich aufhalten. Die polnische Regierung macht die deutsche Regierung gleichzeitig auf den § 4 des Artikels 12 der Wiener Konvention aufmerksam, der besagt, daß die vertragsschließenden Parteien sich damit einverstanden erklären, daß die Optanten, die sich der Verpflichtungen, ihren bisherigen Wohnsitz in der festgelegten Zeit zu verlassen, nicht anpassen wollen, an die Grenze abgeschoben und den deutschen Behörden übergeben werden. Der Zutritt nach Polen kann jenen Personen für immer verboten werden. Die polnische Regierung muß jede Verantwortung für die Konsequenzen, die sich für die Optanten aus diesem Rechtszustand ergeben, von sich weisen. Nichtsdestoweniger ist die polnische Regierung bereit, wie bereits einmal festgestellt, weiterhin den deutschen Behörden jegliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren, damit sich die Abreise der Personen, die in kürzester Zeit erfolgen muß, in den Formen vollzieht, die den Optanten bei der Abwanderung möglichst alle Unbequemlichkeiten erspart.

Die polnische Regierung bekräftigt die Note

Aus Warschau wird gemeldet: Ministerpräsident Graefski erklärte im Sejmatschuh, daß auch der neue Notenwechsel mit Deutschland in der Optantenfrage keinerlei Zurückziehung der bereits verfügten Ausweisungen zur Folge haben könnte. Insofern müsse er vor unbegründeten Erwartungen warnen.

Die deutsche Antwort

In seiner heute erteilten Antwort auf die polnische Optantennote stellt das Auswärtige Amt gegenüber der polnischen Regierung fest, daß von den etwa 20 000 deutschen Optanten, die zum 1. August auswanderungspflichtig waren, tatsächlich ungefähr 17 000 die Grenze überschritten haben, die übrigen 3000 seien zum weit aus größten Teil solche, denen auf Grund besonderer Abmachungen zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und dem pol-